

Trump schränkt Visa für Harvard-Studierende drastisch ein!

US-Präsident Trump plant Einreisebeschränkungen für ausländische Harvard-Studierende zur Sicherung nationaler Interessen.



Harvard University, Cambridge, Massachusetts, USA - US-Präsident Donald Trump hat einen bemerkenswerten Plan angekündigt, der die Einreise von nahezu allen ausländischen Staatsangehörigen einschränkt, die an der renommierten Harvard-Universität studieren wollen. Diese Maßnahmen sind Teil einer umfassenderen Strategie der Trump-Regierung, die sich gegen bestimmte Ausbildungsinstitutionen richtet, insbesondere in Bezug auf internationale Studierende. Die Einreisebeschränkung soll zunächst für einen Zeitraum von sechs Monaten gelten und betrifft speziell jene, die ausschließlich oder hauptsächlich in die USA einreisen wollen, um an Harvard zu studieren oder an Austauschprogrammen teilzunehmen. Ein entsprechender Bericht auf [Süddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de)

führt aus, dass das US-Außenministerium angewiesen wurde, zu prüfen, ob die Visa von bereits an Harvard eingeschriebenen ausländischen Staatsangehörigen aufgehoben werden sollten.

Trump begründet seine restriktiven Maßnahmen mit dem Verhalten von Harvard, die er als ungeeignet für ausländische Studierende erachtet. Der Präsident betont, dass der Schutz nationaler Sicherheitsinteressen es erfordere, von Hochschulen wie Harvard ausreichend Informationen über internationales Fehlverhalten zu verlangen. Solange diese Informationen nicht bereitgestellt werden, sieht Trump es als notwendig an, ausländischen Staatsangehörigen den Zugang zu verwehren. Ferner plant die amerikanische Regierung, Harvard im Rahmen eines speziellen Bundesprogramms die Aufnahme neuer internationaler Studierender zu untersagen, auch wenn eine aktuelle Blockade durch eine US-Bundesrichterin diese Maßnahme bisher verhindert.

Hintergrund und Ausmaß der Maßnahmen

Die Maßnahmen von Trump gesellen sich zu einer zunehmend kritischen Haltung gegenüber akademischen Institutionen, die eine vermeintlich linksliberale Ausrichtung haben. Ein weiteres berichtetes Problem ist Antisemitismus an US-Universitäten, insbesondere bei pro-palästinensischen Demonstrationen auf dem Campus. Dies hat zur Folge, dass hochrangige Regierungsvertreter, einschließlich der Heimatschutzministerin Noem, spezifische Informationen von Harvard zu internationalen Studierenden, illegalen Aktivitäten und Protestbeteiligungen verlangten. Wettbewerber der Regierung bezeichnen diesen Druck als politisch motiviert, um unter anderem unbequeme Institutionen zu disziplinieren, so [Tagesschau.de](https://www.tagesschau.de).

Aktuell sind etwa 6.800 internationale Studierende an Harvard eingeschrieben, darunter 550 aus Deutschland, die 27% der gesamten Studierendenschaft ausmachen. Die finanziellen Beiträge dieser Studierenden sind entscheidend für das Budget der Elite-Universität, was die Tragweite der angekündigten

Maßnahmen weiter erhöht. Ein Verlust des Zugangs zum „Student and Exchange Visitor Information System“ (SEVIS) könnte im schlimmsten Fall zur Abschiebung jener Studierenden führen, die nicht an anderen Institutionen eingeschrieben sind oder ihren Status nicht anpassen können.

Strenge Richtlinien und Verunsicherung bei Studierenden

Neben den Auswirkungen auf den akademischen Sektor sorgt die Trump-Regierung auch für Unruhe unter jungen Menschen, die einen Aufenthalt in den USA planen. Aktuelle Richtlinien verhindern vorerst die Vergabe von Visa für Schüleraustausch, Studienaufenthalte oder Au-pair-Programme. Ein Rundschreiben des US-Außenministers Marco Rubio hat die intensivere Überprüfung der Social-Media-Accounts von Visa-Antragstellern als Grund genannt, wobei pro-palästinensische Äußerungen im Fokus stehen. Dies führt dazu, dass viele Schüler, wie die Schülerin Angelina aus Siegburg, ihre Pläne für ein Studium in den USA überdenken müssen, da noch keine detaillierten Regelungen zu den rechtlichen Konsequenzen veröffentlicht wurden. Die **WDR** berichtet von zahlreichen Anfragen besorgter Eltern und Schüler, die in Anbetracht dieser Unsicherheiten lieber nach Alternativen in Europa oder Kanada suchen.

Der Druck und die Unsicherheit, die sich aus diesen Entwicklungen ergeben, stellen eine erhebliche Herausforderung für Studierende und Institutionen dar. Während die Regierung die akademischen Standards an amerikanischen Universitäten anprangert, sehen Kritiker in den Maßnahmen einen Vorwand, um politisch unliebsame Einrichtungen unter Druck zu setzen. Die Auswirkungen dieser Kontroversen auf die künftige internationale Studierendenpolitik der USA bleiben abzuwarten.

Details

Vorfall

Sonstiges

Details	
Ort	Harvard University, Cambridge, Massachusetts, USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.sueddeutsche.de• www.tagesschau.de• www1.wdr.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net